

ULRICH BUSCH

Perspektiven kapitalistischer Ökonomie

Im Herbstgutachten der wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute wird für das Jahr 2004 eine Belebung der Konjunktur prognostiziert, aber kein durchgreifender Aufschwung. Es bleibt unklar, ob es der deutschen Wirtschaft gelingen wird, die seit Herbst 2000 andauernde hartnäckige Stagnationsphase zu beenden, oder ob im Jahr 2005 eine erneute Konjunkturschwäche droht.

Zur Erörterung der damit aufgeworfenen Fragen zu den aktuellen Konjunkturaussichten, ihrer kritischen Analyse, Bewertung und theoretischen Interpretation führten »Helle Panke« und »WISSEN-Transfer« am 6. Dezember 2003 in Berlin eine gemeinsame Konferenz durch. Getragen wurde diese ausnehmend gut besuchte und durch eine lebhafte Debatte geprägte ganztägige Veranstaltung von sieben Referaten und zahlreichen Kurzbeiträgen sowie Anfragen und Statements aus dem Publikum.

Das Einführungsreferat wurde von *Jörg Huffschnid* gehalten. Er beschrieb die momentane Situation in der Europäischen Union wenig optimistisch als einen Teufelskreis sich selbst verstärkender Schwächen, gekennzeichnet durch Stagnation, Investitionszurückhaltung, steigende Arbeitslosigkeit und zunehmende Umverteilung von unten nach oben. Das zu erwartende geringe Wirtschaftswachstum von ein bis zwei Prozent generiere sich nicht innerhalb der EU, sondern sei ein Echo auf Wachstumsprozesse in Amerika und Asien. Im Unterschied zu den Krisen der 70er und 80er Jahre sei die gegenwärtige Krise jedoch nicht Ausdruck einer Überakkumulation von Kapital, sondern fehlender Nachfrage, weshalb die klassischen Strategien des Kapitals zur Krisenbewältigung derzeit auch nicht griffen, sondern diese eher noch verstärkten. Die Wirtschaftspolitik, so Huffschnid, reagiere hierauf vor allem kontraproduktiv. Als Beispiele dafür nannte er neben der restriktiven Geldpolitik der EZB die durch einen sich selbst auferlegten »Sparzwang« handlungsunfähig gewordene Fiskalpolitik, die im Zeichen der »Reformen« und Einsparungen agierende Sozialpolitik sowie die ohne große Effekte verpuffende Strukturpolitik der EU. Unter diesen Bedingungen könne die Europäische Union für die Weltwirtschaft kein Wachstumsmotor sein; bestenfalls greife sie Impulse aus anderen Regionen auf. Um mehr zu bewirken, müßten die politischen Weichen in Europa anders gestellt werden. Notwendig seien vor allem: Wachstumsförderung, Arbeitszeitverkürzung, Umverteilung von oben nach unten sowie eine Stärkung der effektiven Nachfrage.

Als zweiter Redner sprach *Joachim Bischoff*. Er zeichnete für die Bundesrepublik Deutschland ein Bild des Vor-sich-hin-Dümpelns

Ulrich Busch – Jg. 1951,
Doz. Dr. oec. habil.,
Bankkaufmann, Finanz-
wissenschaftler, Veröffent-
lichungen zur ökonomischen
Theorie und Politik,
zuletzt in UTOPIE kreativ:
Alternative Geldtheorien und
linker Geldfetischismus, Heft
160 (Februar 2004).

Prof. Dr. Jörg Huffschnid:
Wachstumsmotor EU-
Kapitalismus? Chancen
und Risiken der erweiterten
EU in einer globalisierten
Ökonomie.

Jörg Huffschnid: Politische
Ökonomie der Finanzmärkte,
aktualisierte und erweiterte
Auflage, Hamburg 2002.

Dr. Joachim Bischoff:
Perspektive Stagnation?
Vom Wirtschaftswunder
zur chronischen Wachs-
tumsschwäche.

zwischen +1 und -1 Prozent Wirtschaftswachstum. Die Frage sei, wie lange dies gehe, ohne daß aus der Stagnation eine Rezession werde? Bei der Diskussion möglicher Szenarien arbeitete Bischoff die Bedeutung des Exports heraus und zeigte die Wirkung einer nachhaltigen Euro- Aufwertung für die deutsche Wirtschaft auf. Insgesamt, so der Redner, befinde sich die Situation durchaus in Übereinstimmung mit der Langfristprognose von Keynes, welcher eine nachlassende Kapitalknappheit und geringe Prosperität für den entwickelten Kapitalismus als typisch vorhersagte. Die Folge sei u. a. ein Umverteilungsdruck, um die Zinsansprüche des Geldkapitals sicher zu stellen. Dieser sei heute in Europa allenthalben zu spüren, wie ein Aufsatz von Christoph Deutschmann in der *Frankfurter Rundschau* vom 2. Dezember belege.

In der Diskussion dazu ergriff u. a. *Hans Mittelbach* das Wort und demonstrierte anhand neuester Daten, daß eine Steigerung der Unternehmensgewinne nicht automatisch zu mehr Investitionen führe. So verzeichneten die Unternehmensgewinne seit 1999 durchaus einen Anstieg, wenn auch nach 2001 nur einen sehr moderaten, während die Bruttoinvestitionen von 2000 ab signifikant zurückgingen. Diese Entwicklung läßt sich auch anhand der Daten für die gesamtwirtschaftliche Vermögensbildung darstellen: Danach verzeichnet die Kurve der volkswirtschaftlichen Ersparnis seit 1998 einen Rückgang, im Jahre 2002 aber wieder einen Anstieg. Die Nettoinvestitionen aber sind seit dem Jahr 2000 rückläufig, was sich saldenmechanisch über einen Zuwachs des Kapitalexports erklärt. Zwischen Sparen und Investieren, so die Schlußfolgerung, gibt es also ebensowenig einen zwingenden Zusammenhang wie zwischen Gewinnen und Investitionen. Die Lösung des Problems sieht Mittelbach (anders als Keynes) im Verhalten der Eigner des Geldvermögens, die ihr Geld momentan lieber gegen Zinsen anlegen, als es in der Realsphäre (bei niedriger Rendite) zu investieren. So komme es zu einer »Überakkumulation von Geldkapital« und zu einer auf Dauer nicht tragbaren Zinsbelastung der Volkswirtschaft, wodurch die Entwicklung gebremst werde.

Anschließend trat *Klaus Steinitz* ans Pult. Er bestritt mit seinem Referat zur Lage der ostdeutschen Wirtschaft den wohl »traurigsten Teil des ganzen Vormittags«, wie Jörg Staude als Moderator bemerkte. Dabei setzte er sich mit der Auffassung auseinander, daß die wirtschaftliche Misere des Ostens und die Belastung Westdeutschlands durch die Transferzahlungen die Hauptursache für die gegenwärtige Wachstumsschwäche, Finanzkrise und Verschuldung seien. Dieser weit verbreiteten Sicht stellte er die Auffassung entgegen, daß die Transferzahlungen, da sie mit einem entsprechenden Realtransfer einhergingen, für die westdeutsche Wirtschaft zugleich auch wachstumsstimulierende Wirkungen hätten und mithin für die öffentlichen Haushalte zwar als eine Belastung, nicht aber als entscheidende Ursache für die gegenwärtige Krise anzusehen seien. Um diese Hypothese zu belegen, führte er das zusätzliche Wachstum der Jahre 1990 bis 1992 ins Feld sowie die Beschäftigungs-, Steuereinnahmen- und Umsatzeffekte für die westdeutsche Wirtschaft. Nachdem diese Wirkungen abgeklungen seien, so Steinitz, hätte der »Aufschwung Ost« greifen müssen. Dann hätten die Transfers seit

Joachim Bischoff: *Flexibler Kapitalismus*, Hamburg 2003.

Deutsche Bundesbank: *Ergebnisse der gesamtwirtschaftlichen Finanzierungsrechnung für Deutschland 1991 bis 2002*, Frankfurt am Main 2003.

Prof. Dr. Klaus Steinitz: *Ostdeutsche Wirtschaft. Wachstumsbremse oder Impuls für die gesamteuropäische Wirtschaftsentwicklung*.

Siegfried Wenzel: Was kostet die Wiedervereinigung? Und wer muß sie bezahlen? Stand und Perspektiven, Berlin 2003; Ulrich Busch: Am Tropf. Die ostdeutsche Transfergesellschaft, Berlin 2002.

Prof. Dr. Christa Luft: Zurückdrängung der Profitsteuerung. Rahmenbedingungen für eine alternative Steuerung der Ökonomie.

Joachim Bischoff/
Klaus Steinitz (Hrsg.): Linke Wirtschaftspolitik. Bilanz, Widersprüche, Perspektiven, Hamburg 2003.

Richard Detje: Sozialstaat im Würgegriff des Neoliberalismus. Agenda 2010 und die Folgen.

Michael Wendl: Co-Management mit dem Neoliberalismus? Wie kommen die Gewerkschaften aus der Defensive?

Mitte der 90er Jahre auch sukzessive zurückgeführt werden können. Da die Entwicklung jedoch anders verlief, bestehe der Transferbedarf im Osten fort, was im Westen zunehmend Unmut hervorrufe.

Die Ausführungen hätten an Überzeugungskraft gewonnen, wenn der Redner nicht nur auf die Wirkungen der Transfers in bezug auf Stromgrößen hingewiesen hätte, sondern zudem auch auf den seit 1990/91 zu verzeichnenden Niveaueffekt. Denn diesem ist es schließlich zu verdanken, daß die westdeutsche Wirtschaft seit 1990 *dauerhaft* und staatlich abgesichert rund 10 Prozent mehr produzieren und absetzen kann als zuvor. Mit Solidarität hat das sehr wenig zu tun, dafür aber sehr viel mit marktwirtschaftlicher Logik.

Den Nachmittag, der vor allem den Alternativen und Lösungsansätzen gewidmet war, eröffnete *Christa Luft* mit einem instruktiven Vortrag zu den Zielen und Bedingungen für eine alternative Steuerung der Ökonomie. Gegen Fatalismus und Pessimismus auftretend, setzte sie sich für die Position ein, daß der Kapitalismus sehr wohl reformierbar sei; die darauf hinarbeitenden Kräfte müßten nur politisch stärker zusammengeführt werden. Sie betonte, daß die »soziale Zähmung« des Kapitals nicht gleichbedeutend sei mit einer Delegitimierung *betrieblichen* Gewinnstrebens. Auf gesellschaftlicher Ebene jedoch sollte die Profitdominanz zugunsten einer am Gemeinwohl orientierten Wirtschaftsregulation zurückgedrängt werden. Im einzelnen plädierte sie für einen sofortigen Stopp der Kommerzialisierung, für die Herauslösung der öffentlichen Daseinsvorsorge aus dem marktwirtschaftlichen System, den Schutz der Genossenschaften, die Förderung sozialer und ökologisch-orientierter Wirtschaftsformen, für einen öffentlich geförderten Non-Profit-Sektor, die Einschränkung der Macht der Banken und Versicherungskonzerne, die Verfolgung und Ahndung schuldhaften Managerverhaltens, die Einführung einer »Tobin-Tax« zur Eindämmung der Spekulation, das Verbot der Bodenspekulation u. a. m. Ihr Vortrag war ein Plädoyer für eine alternative Politik, wider den Zeitgeist, konkret und realistisch.

Der folgende Beitrag schloß hieran nahtlos an. *Richard Detje*, Redakteur der Zeitschrift *Sozialismus*, machte deutlich, daß die bisherige Auseinandersetzung mit der *Agenda* unter dem Aspekt der sozialen Gerechtigkeit geführt wurde. Es komme aber darauf an, sie auf dem Terrain der Ökonomie zu führen. Denn die *Agenda 2010* sei der Versuch einer »Re-Dimensionierung« der Ökonomie, ihrer Verkürzung auf simple Funktionszusammenhänge und angebotspolitische Interpretationen der Volkswirtschaft. Ein Großteil der inzwischen beschlossenen Reformmaßnahmen laufe auf eine Exklusion aus sozialen Systemen hinaus. Die Steuerreform führe nicht zu mehr Kaufkraft, sondern stärke lediglich die Besserverdienenden. Im Gesundheitswesen und bei der Altersrente, so Detje, stünden Einschnitte auf der Tagesordnung, die einem »Systemwechsel« gleichkämen.

Michael Wendl (Ver.di) schloß direkt hieran an, indem er die schwierige Rolle der Gewerkschaften in der gegenwärtigen Auseinandersetzung etwas näher beleuchtete. Ausgehend von der Feststellung, daß der Spielraum einer produktivitätsorientierten Lohnpolitik in Deutschland seit 1994 nicht mehr ausgeschöpft werde, die Lohn-

quote also gesunken sei und die Profitquote gestiegen, sah er den Grund dafür in einer fortgesetzten Erosion der Tarifverträge, der Aufweichung der Flächentarifverträge, der Lohnzurückhaltung der Gewerkschaften und bestimmter Fehler ihrer Funktionäre. Die Politik der Gewerkschaften habe insgesamt mit dazu beigetragen, die Inlandsnachfrage zu schwächen und die Lohndiskussion zu einer reinen Kostenfrage verkommen zu lassen.

In der sich besonders an diesem Beitrag entzündenden Diskussion wurden weitere Argumente gegen Sozialabbau und Lohnkürzung vorgebracht sowie einige konkrete Ansatzpunkte für ein »politisches Mandat« der Gewerkschaften formuliert.

Das Schlußreferat hielt *Dieter Klein*. Er setzte sich mit dem Mythos vom »Versiegen sozialstaatlicher Spielräume« auseinander, indem er die Frage nach dem Verbleib des produzierten Reichtums aufwarf. Er zeigte, daß die These, zum Verteilen sei immer weniger da, womit die Sparpolitik seit Jahren legitimiert werde, alles andere als plausibel ist, wenn man in Rechnung stellt, daß die Arbeitsproduktivität ständig steigt, die Arbeitsteilung und das Wissen zunehmen, jedes Jahr mehr produziert werde usw. Wo bleibt also der Reichtum? Die Antwort, die hierauf gegeben wird, behandelt das Problem zunächst als Verteilungsproblem (Konzentration bei den Mächtigsten), räumt dann jedoch ein, daß es auch denkbar sei, daß der Reichtum nur noch geringfügig oder sogar überhaupt nicht mehr wachse. Als Grund hierfür werden »Wohlstandskosten« genannt, ökologische Belastungen etwa, aber auch die »Vergeudung von Arbeitspotentialen« zum Beispiel durch Brachliegen von Arbeit infolge von Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung. Weitere Ursachen könnten in einer Zunahme der Kapitalintensität und in der wachsenden Staatsverschuldung gesehen werden sowie im Verlust fiktiven Kapitals beim Platzen von Spekulationsblasen (»Bermuda-Dreieck Finanz- und Devisenmärkte«). Fragen über Fragen, die weitere intensive Forschungsarbeit erforderlich machen. Fraglich ist auch, ob der am Verwertungsprozeß des Kapitals orientierte monetäre Reichtumsbegriff das Problem in der heutigen Zeit überhaupt noch adäquat widerzuspiegeln vermag. Der Redner verwies auf vorliegende Forschungsarbeiten hierzu, worin, unter anderem an Marx anknüpfend, bereits eine erweiterte Sicht des Problems angedacht sei.

In der abschließenden Diskussion wurde noch einmal deutlich, wie sehr die auf der Konferenz behandelten Fragen tatsächlich zentrale Themen der gegenwärtigen politischen Debatten darstellten und daß es in den nächsten Monaten darauf ankomme, diese Themen weiterzuverfolgen und sie in konkrete politische Aktionen umzusetzen.

Agenda 2010: Großbaustelle Sozialstaat. In: *Sozialismus*, Heft 9/2003, S. 10-11.

Prof. Dr. Dieter Klein : Wo bleibt der produzierte Reichtum? Ausbruch aus dem Tal der Tränen.

Dieter Klein: Wo bleibt der produzierte Reichtum? Rosa-Luxemburg-Stiftung Berlin, rls-standpunkte 7/2003.

www.wemgehoertdiewelt.de
Jahrbuch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung, III/2003 u. a.